



Plenarprotokoll

9. Sitzung

Donnerstag, 23. Februar 2012

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Gedenkwort	543	Welchen Beitrag leistet die Humboldt-Box zur Rekonstruktion der historischen Fassade?	550
Gedenkwort des Präsidenten für die Opfer der rechtsextremistischen Gewalt	543	Dr. Manuel Heide (CDU)	550
Mitteilungen des Präsidenten und Geschäftliches	543	Bürgermeister Michael Müller	550
Neuer parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	543	Dr. Manuel Heide (CDU)	550
Dank an den ehemaligen parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	543	Bürgermeister Michael Müller	550
Vom Senat ernannter Staatssekretär	543	Jutta Matuschek (LINKE)	550
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde	543	Bürgermeister Michael Müller	551
Sven Heinemann (SPD)	544	A-100-Bauarbeiten ohne Rechtsgrundlage?	551
Oliver Friederici (CDU)	545	Harald Moritz (GRÜNE)	551
Volker Ratzmann (GRÜNE)	545	Bürgermeister Michael Müller	551
Elke Breitenbach (LINKE)	546	Harald Moritz (GRÜNE)	552
Christopher Lauer (PIRATEN)	547	Bürgermeister Michael Müller	552
1 Mündliche Anfragen	548	Jutta Matuschek (LINKE)	552
gemäß § 51 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Bürgermeister Michael Müller	552
Volkshetzender Drohbrief an Sehltik-Moschee	548	Wiedereinführung von Belegungsbindungen im Ostteil Berlins – realer Beitrag zur Entspannung des Wohnungsmarkts oder weiße Salbe mit Risiken?	552
Ulker Radziwill (SPD)	548	Katrin Lompscher (LINKE)	552
Bürgermeister Frank Henkel	549	Bürgermeister Michael Müller	553
Ulker Radziwill (SPD)	549	Katrin Lompscher (LINKE)	553
Bürgermeister Frank Henkel	549	Bürgermeister Michael Müller	553
Benedikt Lux (GRÜNE)	549	Katrin Schmidberger (GRÜNE)	554
Bürgermeister Frank Henkel	549	Bürgermeister Michael Müller	554
		Vergabepaxis des Liegenschaftsfonds	554
		Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	554
		Senator Dr. Ulrich Nußbaum	554
		Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	555
		Senator Dr. Ulrich Nußbaum	555

3	Aktuelle Stunde	568	Oliver Friederici (CDU)	593	
	gemäß § 52 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin		Harald Moritz (GRÜNE)	594	
			Oliver Höfinghoff (PIRATEN)	594	
			Ergebnis	594	
	BVG muss ihrer Verantwortung gerecht werden: Berlin braucht einen funktionierenden ÖPNV	568	4.3	Priorität der Fraktion Die Linke	595
	(auf Antrag der Fraktion der SPD)		14	Rücknahme der für 2012 vorgesehenen Kürzungen der Gelder für Krankenhäuser	595
	Oliver Friederici (CDU)	568		Antrag der Fraktion Die Linke	
	Ole Kreins (SPD)	569		Drucksache 17/0127	
	Stefan Gelbhaar (GRÜNE)	570		Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	595
	Oliver Friederici (CDU)	572		Thomas Isenberg (SPD)	596
	Harald Wolf (LINKE)	574		Heiko Thomas (GRÜNE)	597
	Gerwald Claus-Brunner (PIRATEN)	576		Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	598
	Bürgermeister Michael Müller	577		Heiko Thomas (GRÜNE)	598
4.1	Priorität der Fraktion der CDU	579		Gottfried Ludewig (CDU)	599
9	Gesetz zur Änderung des Berliner Datenschutzgesetzes	579		Dr. Wolfgang Albers (LINKE)	600
	Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU			Gottfried Ludewig (CDU)	600
	Drucksache 17/0170			Simon Kowalewski (PIRATEN)	601
	Erste Lesung			Ergebnis	601
	Burkard Dregger (CDU)	580	4.4	Priorität der Piratenfraktion	602
	Anja Schillhaneck (GRÜNE)	580	17	Allgemeine Dienstanweisung durch den Justizsenator an die Staatsanwaltschaft Berlin	602
	Burkard Dregger (CDU)	580		Antrag der Piratenfraktion	
	Christopher Lauer (PIRATEN)	580		Drucksache 17/0158	
	Burkard Dregger (CDU)	580		in Verbindung mit	
	Benedikt Lux (GRÜNE)	581	20	Grundrechtsschutz statt massenhafter Funkzellenabfrage	602
	Sven Kohlmeier (SPD)	582		Antrag der Fraktion Die Linke	
	Benedikt Lux (GRÜNE)	582		Drucksache 17/0162	
	Daniel Buchholz (SPD)	583		Christopher Lauer (PIRATEN)	602
	Benedikt Lux (GRÜNE)	584		Sven Kohlmeier (SPD)	603
	Daniel Buchholz (SPD)	585		Christopher Lauer (PIRATEN)	604
	Dr. Klaus Lederer (LINKE)	586		Sven Kohlmeier (SPD)	604
	Alexander Morlang (PIRATEN)	587		Benedikt Lux (GRÜNE)	604
	Daniel Buchholz (SPD)	589		Sven Kohlmeier (SPD)	605
	Alexander Morlang (PIRATEN)	589		Benedikt Lux (GRÜNE)	605
	Lars Oberg (SPD)	590		Sven Rissmann (CDU)	606
	Alexander Morlang (PIRATEN)	590		Dr. Klaus Lederer (LINKE)	607
	Ergebnis	590		Ergebnis	608
4.2	Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	591	5	Einundzwanzigstes Gesetz zur Änderung des Landesabgeordnetengesetzes	608
23	Mit abhängigem Parallelbetrieb Flugrouten optimieren und Lärmbelastungen reduzieren	591		Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Verbraucherschutz, Geschäftsordnung vom 18. Januar 2012 und Beschlussempfehlung des Hauptausschusses vom 8. Februar 2012	
	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen			Drucksache 17/0115 Neu	
	Drucksache 17/0171				
	Harald Moritz (GRÜNE)	591			
	Renate Harant (SPD)	592			
	Harald Wolf (LINKE)	593			

(Benedikt Lux)

ganz genau, dass das rein politisch motivierter Druck auf die Polizei war zu sagen: eine rot-rote Regierung ist irgendwie links – Sie nicken; ich sehe, Sie stimmen mir zu. Dieser Vorwurf kam also und diente dazu, Sie in die Ecke zu stellen. Deshalb wurde ein falscher Druck auf die Kriminalpolizei ausgeübt, und sie musste deshalb in anderen Bereichen notwendigerweise untätig bleiben. Das ist aber eine zutiefst unseriöse Innenpolitik.

Wir als Berliner Abgeordnetenhaus haben eine Verantwortung, das an den Bundesgesetzgeber zurückzuspiegeln. Das will der Antrag der grünen Bundestagsfraktion, den die Piraten dankenswerterweise hier heruntergebrochen haben. Wenn Sie, Herr Kohlmeier, und der Rest der SPD sich dem Ergebnis anschließen, dann können wir das nur begrüßen.

[Beifall bei den GRÜNEN und den PIRATEN]

Vizepräsidentin Anja Schillhaneck:

Vielen Dank! – Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Rissmann. – Bitte sehr!

Sven Rissmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe kurz überlegt, ob ich Stellung zu den Ausführungen des Kollegen Lux nehme. Ich will das aber nicht. Das würde nur einigen Unsinn aufwerten. Ich denke, der Kollege Kohlmeier hat in richtiger und nachvollziehbarer Weise dargelegt, dass Ihnen offenbar die Fähigkeit, Dinge objektiv zu bewerten, abhanden gekommen ist. Wahrscheinlich hat das etwas mit Traumaverarbeitung zu tun, sich langsam daran gewöhnen zu müssen, dass man immer noch nicht regieren darf. Das wird auch so bleiben, wenn man versucht, auf diesem Niveau seriöse Innenpolitik zu machen, und man kann sich eigentlich dabei nur amüsieren.

[Zurufe von den Grünen: Gäh! Langweilig!]

Ich versuche einmal, das Problem sachlich aufzugreifen. Die beiden Anträge behandeln den Themenkomplex Funkzellenabfrage und haben zum Ziel, die nichtindividualisierte Funkzellenabfrage erheblich einzuschränken oder ganz abzuschaffen.

Zunächst möchte ich zu den beiden Vorstellungen, wie man das verfahrensmäßig hinbekommt, anmerken, dass der Weg, den sich die Kollegen der Piratenfraktion überlegt haben, aus meiner Sicht nicht der richtige ist, wenn man denn dieses Ziel verfolgen würde. Sie wollen den Justizsenator verpflichten, über die Vorschriften der §§ 146 und 147 GVG eine allgemeine Dienstanweisung an die Staatsanwaltschaft zu erlassen, wonach die bundesgesetzlich in § 100g StPO geregelte Funkzellenabfrage nur noch eingeschränkt zur Anwendung kommen soll.

Dies erscheint mir deshalb schwierig, weil Sie eine Ermittlungsbehörde verpflichten wollen, gesetzlich vorge-

sehene und final auch durch einen Richter angeordnete Ermittlungsmaßnahmen einfach nicht mehr oder nur eingeschränkt anzuwenden. Sie wollen also, dass wir, die Legislative, die Exekutive verpflichten, geltendes Recht, dessen Anwendung in die Entscheidung der Judikative gestellt ist, nicht zu beachten. Man könnte allenfalls darüber nachdenken, die Richtlinien für das Straf- und Bußgeldverfahren zu ändern, was aber aus meiner Sicht bei so weit gehenden Verpflichtungen, die Sie vorhaben, wohl nicht der richtige Weg ist. Wenn man das also ändern wollte, bleibt nur der Weg, den die Linkspartei vorgeschlagen hat: Man muss schlichtweg die Ermächtigungsgrundlagen, also die Vorschriften der StPO ändern. In der Sache kann ich dazu Folgendes sagen: Man kann aus Ihren Anträgen ein gewisses Misstrauen gegen die Strafverfolgungsbehörden und die Gerichte herauslesen.

[Canan Bayram (GRÜNE): Das ist doch kein Misstrauen!]

Dies kann meine Fraktion nicht nachvollziehen, ganz im Gegenteil. Unsere Strafverfolgungsbehörden und unsere Gerichte haben das volle Vertrauen meiner Fraktion.

Zweitens: Grundsätzlich ist die Funkzellenabfrage ein richtiges und wichtiges Instrument der Strafverfolgung, auf das wir nicht verzichten wollen. Wie bei jeder Ermittlungsmaßnahme – insbesondere wenn sie verdeckt erfolgt und Daten erhoben werden – sind die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger zu beachten. In unserem demokratischen Rechtsstaat müssen sich die Bürger aber auch auf einen wirksamen Schutz des Staates gegen Straftaten verlassen können. Wenn Straftaten nicht verhütet oder aufgeklärt werden, dann ist schon die Grundvoraussetzung für den freien Gebrauch der Grundrechte nicht gegeben, und die Grundrechte würden dann de facto ins Leere laufen. In diesem Zusammenhang darf ich die Lektüre der Stellungnahmen zur öffentlichen Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages vom 8. Februar 2012 genau zu diesem Thema empfehlen – Kollege Kohlmeier hatte darauf bereits hingewiesen. Das ist recht aussagekräftig.

Ziel muss es nach meiner Auffassung sein, auch an dieser Stelle einen gerechten und effektiven Interessensausgleich zu erreichen. Darüber wollen wir mit Ihnen ergebnisoffen im Rechtsausschuss sprechen. Dabei sind wir offen, über Informations- und Dokumentationspflichten der Strafverfolgungsbehörden zu sprechen. Auch über die Voraussetzungen für die Anordnung der Funkzellenabfrage kann man natürlich diskutieren. Da dies aber – wie bereits ausgeführt – Bundesrecht ist, bietet es sich aus meiner Sicht an, dies anhand der bereits auch hier in die Debatte gebrachten Bundesratsinitiative des Freistaates Sachsen zu tun, sich daran zu orientieren und zu prüfen, ob man das ganz oder auch in Teilen unterstützen kann. – Danke!

[Beifall bei der CDU –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]